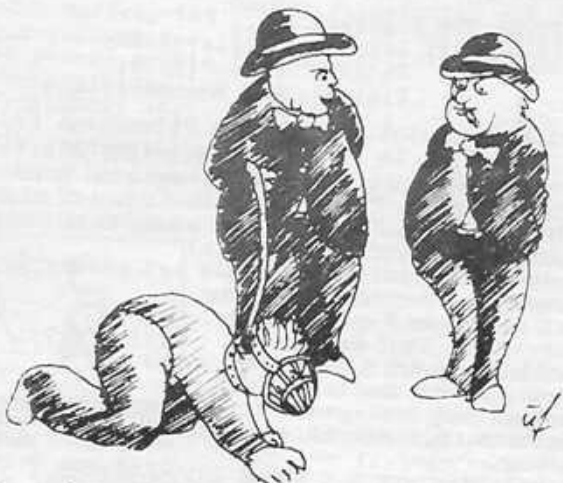




LUPE

Zeitung
für Jugendliche



"Ja, ja, lieber einen braven Bürger
als einen unfolgsamen Hund!"

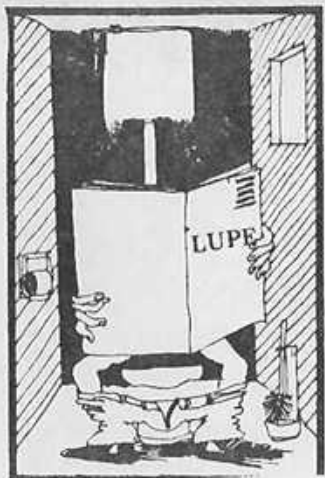
NR.3/1979

Antikriegstag
Skandalanstalt Werl
AG III. Welt
Verjährung

Juli/August/September

INHALT

	Seite
Impressum	3
Antikriegstag 1979	3
Gedicht: es kann sein...	4
Revolution findet nicht statt oder doch?	5
Skandalanstalt Werl	6+7
SU - Nein Danke	8
Politische Aufklärung auch durch die Schule	9+10
Jungdemokraten beschnüffelt	10
Verjährung von Nazi-Verbrechen	11+12
AG III. Welt stellt sich vor	13+14
Gedicht: die Arche	14
Glaubwürdigkeit der JU	15+16
Revolution auf dem Steinweg	17
Adressen	18



LUPE

ZEITUNG FÜR JUGENDLICHE

Herausgeber: Liberale Schüleraktion der Deutschen
Jungdemokraten (DJJ),
Kreisverband Hochsauerland

Leitender Redakteur: Martin Ottensmann (Verantwortlich
im Sinne des Presserechts, ViSdP)

Redakteure: Roger Leonhardt, Martin Westermann, Volker Welter,
Frank Hensel, Susanne Odenthal, Horst Kloppsteck,
Thomas Jarck, Sigrid Ottensmann, Karl Pätzelt,
Birgit Weber, (Jürgen Klein)

Die LUPE erscheint vierteljährlich und ist kostenlos.

Redaktionsanschrift: Martin Ottensmann

5760 Arnsberg 2 Tel.: [REDACTED]

Anzeigenpreisliste Nr. 1/79 (Stand 1.1.1979)

Druck: Heilmann, Bonn Auflage: 2000

HINWEISE: Anzeigen und Beilagen entsprechen nicht der Meinung der
Redaktion. Sie dienen ausschließlich zur Finanzierung der
Zeitung.

Artikel, die mit dem Namen gekennzeichnet sind, geben nicht
unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktionschluss für das Heft Nr. 4 ist der 10. September 1979

ICH VERSTEH' NICHT,
WARUM SICH DAS
BILD DER DEUTSCHEN
IM AUSLAND SO



VERÄNDERT HAT!
WIR KÖNNEN SEIT
NOCH SAGEN,
WAS WIR DENKEN.



UND [REDACTED]
SOLLTE, KANN
NICHT,
ODER ?



DABEI [REDACTED]
[REDACTED] NICHT WAHR!



Antikriegstag 1979

Den Frieden sichern - Das Wettüsten beenden !!

Am 1. September 1939 ließ Hitler
Polen überfallen. Der 2. Welt-
krieg begann, der 50 Millionen
das Leben kostete. Solange der
Mensch existiert, hat es Kriege
gegeben. In den letzten 5500
Jahren wurden ca. 14 513 Kriege
geführt. 3 640 000 000 Menschen



150 000 neue Arbeitsplätze geschaffen
werden, würde nicht jedes Jahr der
Rüstungshaushalt um 3 Milliarden DM
erhöht. Durch den Ost-Westhandel ent-
standen in den letzten 5 Jahren mehr
Arbeitsplätze als die Rüstungsindus-
trie heute besitzt. Mit alten anti-
kommunistischen Parolen, wie schon
bei Hitler üblich, soll die Zustim-
mung zur Aufrüstung erreicht werden.
Unsere Forderungen zur Sicherung
des Friedens müssen deshalb lauten:

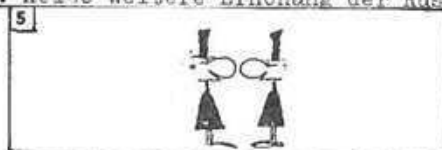
1. Keine weitere Erhöhung der Rüstungs-



fielen diegen zum Opfer.

Durch die Erfindung der Atombom-
be und anderer großer Waffen, ist
der Krieg zu einer Bedrohung der
gesamten Menschheit geworden. Die
beiden Großmächte können heute
mehrere Male die Menschheit vern-
ichten (overkill).

700 Milliarden DM werden jährlich
für Militär und Rüstung ausgege-
ben. Allein die BRD will 1979
58 Milliarden DM für die Aufrüs-



haushalte und Verzicht auf alle
neuen Rüstungsprojekte, einschließ-
lich der Neutronenbombe

- konstruktive Beiträge zum UNO-Ab-
rüstungsprogramm, zu SALT Verhand-
lungen und zu den Verhandlungen in
Wien über die Verringerung von
Truppen und Rüstung in Europa
- Senkung der Rüstung entsprechend
der UNO Resolution zunächst um
10%, um freierwerfende Gelder für



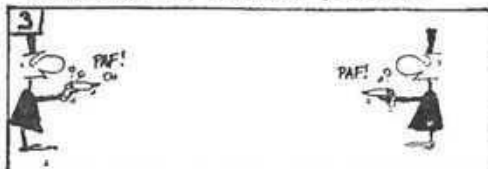
tung ausgeben. Durch Zustimmung
der BRD Regierung zum Langzeit-
programm der NATO wird das Wett-
rüsten bis zum Jahre 1993 vorpro-
grammiert.

Stündlich sterben 4000 Menschen
in Afrika, Asien, Süd- und Mittel-
amerika an Hunger und Seuchen.
30 mal so viel Geld wird für die
Rüstung ausgegeben wie für den
Kampf gegen Hunger und Unterent-
wicklung. Es könnten jährlich



wirtschaftliche und soziale Auf-
gaben bei uns und in den Ent-
wicklungsländern zu verwenden.

Diese Forderungen sind in einem Auf-
ruf des "KOMITEES FÜR FRIEDEN,
ABRÜSTUNG UND ZUSAMMENARBEIT" zu
finden. Der Aufruf wurde z.B. unter-
schrieben von G. Wallreff, P.-J. De-
genhardt, Luise Rinser, Inge Meysel



Pfarrer H. Albertz und vielen anderen Friedensbewussten Menschen mehr.

Zusätzlich fordern wir Jungdemokraten noch:

1. Friedenserziehung in den Schulen
2. Stärkere öffentliche Friedensforschung
3. Ausbau des Zivildienstes zum Friedensdienst

4. Einmottung der Ostseeflotte unserer Marine
5. Einsatz der Bundesregierung in der NATO für den Abzug aller Nuklearwaffen aus Europa
6. Rückzug aller fremden Truppen vom Gebiet der Bundesrepublik Deutschland

UNTERSCHREIBE AUCH DU DEN AUFRUF ZUM

FRIEDEN UND KOMM ZUR DEMO AM 1. SEPTEMBER NACH BONN!!!!!!!!!!!!

Unterschriftenlisten kann man bei den Redaktionsmitgliedern erhalten oder direkt anfordern bei: Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit / Gottesweg 52 (Rg) 5 Köln 51 (100 Stück = 2,00 DM)

es kann sein..

es kann sein, daß man wieder den krieg erklärt und die mit waffen zu heiligen verklärt.

es kann sein, daß man alles opfern will für ein sinnloses ziel.

es kann sein, daß ein kind geboren wird, das man zum söldner und mörder erzieht.

es kann sein, daß das kind dies gar nicht will, doch es kennt nur das eine ziel.

es kann sein, daß ein mensch keinen ausweg mehr sieht und seinem eigenem schatten flieht.

es kann sein, daß ihn sein gewissen erdrückt. so habt IHR ihn beglückt

es kann sein, daß die welt sich noch ändern wird, und der hass sich in ein nichts verliert.

es kann sein, daß man das nie erreicht. doch die HOFFNUNG bleibt.

Karl-Hubert Falke

Krieg ist nicht für und andere lebende Dinge



Revolution findet nicht statt oder doch ?

Ostern '68 löste der Mordversuch an Dutschke die gewaltigste Demonstrationen aus, die man in der BRD bisher erlebt hatte. Fünf Tage lang zogen rund 60 000 Demonstranten durch die Straßen, blockierten in mehreren Städten die Auslieferung der "Bild"-Zeitung, versuchten das Springer-Hochhaus zu stürmen, sündeten Lastwagen an, bauten Barrikaden. Der Springerkonzern hatte planmäßig Hetze gegen reformwillige Studenten betrieben und mehr oder weniger indirekt zum Attentat auf Dutschke geführt. Doch die "Enteignet-Springer"-Kampagne scheiterte und auf dem Höhepunkt der Unruhen sickerte die Erkenntnis durch, daß die Träume von der Revolution eben doch nur "Traume" gewesen waren. In Frankreich brach die Mai-Revolution und der nachfolgende Generalstreik zusammen. In der BRD wurden die Notstandsgesetze verabschiedet, Springer machte weiter wie eh und je und die Repression für die Linke nahm zu. Nun, nach dem Protest sei der Widerstand notwendig, kommentierte Ulrike Meinhof in "konkret". Hatte man vorher fein (sinnlos) zwischen "Gewalt gegen Sachen" und "Gewalt gegen Personen" unterschieden, jetzt "mußten Maschinen-gewehre 'ran". Als

Horst Mahler wegen seiner Beteiligung an den Springer-Blockaden ein Ehrengerichtungsverfahren an den Hals bekam, zogen 200 Jugendliche zum Tegeler Weg in Berlin-Charlottenburg. Es waren die turbulentesten Straßenschlachten der Nachkriegsjahre: 20 verletzte Studenten, 130 verletzte Polizisten; es flogen 2371 Pfastersteine. Die Zeit der Puddingbomben, Tomaten und Eier war endgültig vorbei.

licht der Tat." Nicht mehr der "begrenzte Regelverstoß" der alten Tage - die kriminelle Handlung wurde als revolutionäre Tat gefeiert. Als 69 die APO zersplitterte, sahen die Genossen eigentlich nur zwei Möglichkeiten für ihre zukünftige politische Praxis - den militärischen Kampf (Stadtguerilla; RAF) und den Aufbau marxistisch-leninistischer Parteien (PL/PI = Proletarische Linke/Parteiinitiative).



Nicht das Sein, der Stein bestimmte das Bewußtsein der militanten Linken. Durch Berlin zogen "umher-schweifende Haschreibellen", die unter ihrer Devise "Terror ohne Maß macht maßlos Spaß" zahlreiche Spreng- und Brandanschläge verübten. Den Frankfurter Kaufhausbrand vom 2. April 1968 (A. Baader und G. Enselin waren unter den Tätern) kommentierte U. Meinhof "Das progressive Element einer Warenhausbrandstiftung liegt nicht in der Vernichtung der Waren, es liegt in der Krimina-

teinitiative). Beides erforderte eine straffe Organisation, die bedingungslose Unterordnung des Einzelnen unter die Führungskader. Auch heute sind die K-Gruppen (wie KPD, KBW, KFD/ML, KB, MLD, RKJ, ...) hierarchisch aufgebaut. Ihre Zerstörtheit und oft bis zum Absurden geführter Dogmatismus verhindert einen wirklichen Umsturz, Revolution findet nicht statt. Immerhin hat ein Teil der dt. Linken einen stärkeren Widerstand gegenüber den dogmatischen Verlockungen, fallende Erscheinungsformen

tele-dienst piwinski

Anerkannter High-Fidelity Fachhändler dhfl
Clemens-August-Straße 55 Arnsberg 2

Skandalanstalt Werl

Kürzlich hat in Hamburg erneut ein Werl-Prozess stattgefunden. Wiedereinmal mit der alten rein formalen Chose §§185 ff, konkret "übele Nachrede". Diesmal gegen Wolfgang Röhl, Schreiberling im "das da-Aventi". In dieser Zeitschrift hatte er mit einem Artikel für Aufsehen gesorgt. Ob nun im Werler Kraut nur damit gedroht wird, Gefangenen "die Eier abzuquetschen", oder ob diese Methode dort wirklich praktiziert wird, ist immer noch nicht geklärt. Das Verfahren gegen W. Röhl wurde jedenfalls bis auf weiteres eingestellt. "das da-Aventi" berichtete in der Mai-Ausgabe 1978 unter dem Titel "Dir Schwein quetsch ich die Eier ab ..." über die menschenverachtenden Zustände im Werler Kraut u.a., daß ein Werler "HERR" eine eigene "Beruhigungsmethode" entwickelt haben (soll), die offensichtlich auf seine Erfahrungen in der heimischen Schweinezucht zurückzuführen ist. Er brachte nach Berichten Insassen zur Raison, indem er ihnen drohte "ihre Eier abzuquetschen", wie er es zu Hause bei den widerborstigen Eltern auch mache...

Obwohl er in keiner Passage des Artikels genannt war, fühlte sich M., ein ziemlich hoher Beamter in der Werler Kraut-Kommandatur, durch den zitierten Teil "persönlich beleidigt". Er denkt



durch den Teil sollen Äußerungen von ihm wiedergegeben sein - nicht gerade unwahrscheinlich, da gegen ihn z.Z. ein Ermittlungsverfahren wegen einer Strafanzeige eines Gefangenen läuft, der ihm vorwirft, ihm nicht nur damit gedroht zu haben, ihm die Eier abzuquetschen, sondern die Drohung auch handfest umgesetzt zu haben. Im Prozeß am 24.4. konnte sich M. jedenfalls ganz genau erinnern, daß er einen solchen Satz "nie und niemals" gesagt habe. Er erinnere sich genau, daß ein Gefangener, der mal in Werl sitzen mußte, vor mehreren Jahren, ihm gegenüber geäußert hat, die Bediensteten im Werler Kraut mies zu machen. Andererseits entsinnt er sich aber erst, nachdem sein

Kollege Rütter aussagte, ihn auf seinem Hof besucht zu haben, daß er seit mehreren Jahren Besitzer eines Hofes ist. Als er vorher danach befragt wurde, wußte er es jedenfalls noch nicht, auch so kann man in den Besitz eines Hofes kommen. Ob denn gegen ihn Dienstaufsichtsschwerde geführt werde? Ja, daran kann sich M. auch nicht erinnern, davon weiß er nichts. Er weiß nur, daß Gefangene sowieso meistens gar keine Dienstaufsichtsschwerde mehr stellen, sondern gleich Strafanzeige. Ob denn gegen ihn Strafanzeige gestellt wurde? Ja, so ein oder zwei jährlich, aber weswegen, kann er sich beim besten Willen nicht erinnern. Nur daran, daß zu seiner Zeit in der Abteilung B1 (er war bis ca. 1974 Leiter der Horrorstation) dort fast ein familiäres Verhältnis zwischen Häftlingen und Bewachern herrschte. Wie kamen dann ein bis zwei Strafanzeigen im Jahr zustande? Da will ihn wohl wieder nur einer unberechtigterweise mies machen. Den von "das da-Aventi" geschilderte Vorgang schildert er so: "Der Gefangene hat eine neue Hose verlanget, die er daraufhin nicht bekommen hat.

Daraufhin soll sich der Gefangene nackt ausgezogen haben und auf dem Flur herumgelaufen sein. M. will denn dem Gefangenen ruhig zugeredet haben, doch wieder in die Zelle zu gehen. Der Gefangene hätte ganz im Gegenteil darauf bestanden, in eine "Beruhigungszelle" gebracht zu werden. Der Gefangene sei selbst, ohne von einem Beamten angefaßt/geführt worden zu sein, vor mehreren Beamten her zur B-Zelle im B1-Trecht gegangen, hätte sich, ohne, daß ein Beamter mit in der Zelle gewesen sei, in der Zelle einschließen lassen. Ganz abgesehen davon, daß wir es nach unseren Informationen über die B1 und deren B-Zellen dort überhaupt nicht vorstellen können, wie ein Gefangener darauf bestehen kann, in eine solche B-Zelle gebracht zu werden, schilderte der als Zeuge geladene Gefangene nach Ausschluß der Vollzugsbeamten von der Verhandlung die Situation "etwas anders". Da der Gefangene wegen dieses Vorfalles in Arnsberg Strafanzeige gestellt hat, und in dieser Sache noch nicht entschieden ist, setzte Richter Schneider das Verfahren bis auf weiteres aus. Trotz allem, interessant ist die Aussage des als 2. Zeugen geladener Menschenwärters Rütter, der während der Ermittlungen gegen Röhl bereits am 7.11.78 eine

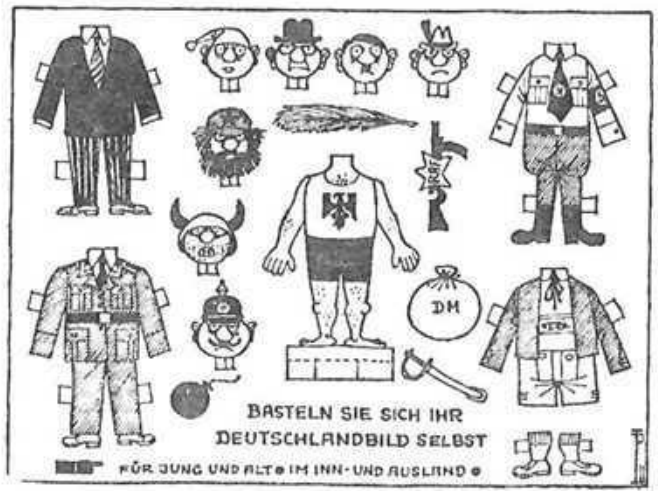
schriftliche Stellungnahme zu der beanstandeten Passage im "das da-Aventi" - Artikel abgegeben. Da sagte er -nahezu wörtlich aus, daß er noch kein Bediensteter der JVA-Werl jemals so etwas geäußert habe. Hier wird klar, mit welcher Dreistigkeit sich da Menschenwärters in Werl gegenseitig zu decken versuchen! Rütter kann gar nicht wissen, was seine werten Kollegen während ihrer Dienstzeit so alles äußern er ist ja nicht ständig mit allen gleichzeitig zusammen. Andererseits wirft diese Aussage auch ein bestimmendes Licht auf die dreiste Oberflächlichkeit der Ermittlungsbehörden. Erst dem Hamburger Richter Schneider fällt auf, daß Rütter nichts bezeugen kann, was er nicht wissen kann. Die Ermittlungsbehörden übergangen solche Kleinigkeiten. Hier drängt sich der Verdacht auf, ob nicht

die Ermittlungsbehörden davon ausgingen, daß alles unter Strafe steht, nur nicht das, was ein Menschenwächter macht.

H.J. Vilnow



Fortsetzung v. S. 5
REVOLUTION FINDET NICHT STATT -oder doch?
 Auf einen Begriff zu bringen", entwickelt. Man bemüht sich um alternative Lebensformen, Politik auf ökologische Basis. Die Bewegung Un-dogmatischer Frühling, fern von MG- und Patrone-gurte-Romantik faßt Fuß, auch wenn die reelle Situation nicht die günstigste ist.
 Susanne Odenthal



BASTELN SIE SICH IHR DEUTSCHLANDBILD SELBST
 FÜR JUNG UND ALTE IM INN- UND AUSLAND

SU? - Nein Danke!

Alternative Gruppe am Laurentianum

Endlich einmal soll die alte Tradition am Laurentianum gebrochen werden, endlich soll der Schülersprecher nicht mehr von der Schüler Union kommen. Jahrelang wurden wir Schüler durch Trinkautomat-Schülersprecher vertreten. Nach Erwin Goeckeler, dem 'Macher' und Rainer Köper, dem 'Provisorium', der wahrscheinlich aus verbands-internen Gründen im letzten Jahr Schülersprecher geworden ist, wird es jetzt Zeit für etwas Neues. Es war schließlich kein Wunder, daß wir

so lange nach einem Kandidaten suchen mußten, immer wieder haben unsere Vertreter versäumt, interessantere Themen als Kakaoautomaten, die ewig tote Schülerbücherei und natürlich ein paar Feten zu organisieren. Dies sollte

man als Selbstverständlichkeiten ansehen. Hinzu kommt noch, daß Zeitungen und Zeitschriften abbestellt worden sind. Langfristige Themen wie die Diskussion der Schülervertretung auf Landesebene über Gesamtschule, allgemeinpolitisches Mandat usw. konnte nicht auf die Schülerbasis übertragen werden. Die Themen ASchO (Allgemeine Schulordnung), Schulmitwirkungsgesetz, Reform der Reform der Oberstufe verliefen im Sande und wurden nur ganz kurz angeschnitten. Die Aktion Schulbus des SU-beeinflußten Bezirksverbandes sind ja recht schön und hilfreich, aber diese Aktion kam nur ganz kurz im Schülerat zur Sprache, und wurde mehr als lästige Pflichtübung abgelegt. Es fehlt das Interesse der Schüler. Dies

muß geändert werden. Man muß versuchen, wie überall, die Jugendlichen zu politisieren, so komisch das klingen mag. Es geht nicht darum, den Schüler für eine Partei zu gewinnen, sondern ihm seine Lage bewußt zu machen. Es muß gezeigt werden.



wie sie z.B. mit der Disziplinierung durch die ASchO fertig werden und sie bekämpfen können. Außerdem muß die Schule noch mehr ein Lebensbereich für sie werden, nicht mehr ein reiner 'Paukstall', so schwierig das bei dem Leistungsdruck ist. Erste Anfänge sind gemacht, in den letzten Sommerferien haben Helmut Schulte, der Verbindungslehrer des vergangenen Schuljahres und einige Schüler den SV-Raum und die Info-Wand auf dem Schulhof umgestaltet.

Die Schüler müssen merken, daß in der SV was los ist, damit sie auch mitmachen. Schon

Fortsetzung:

im letzten Jahr hat sich ein Schülerratskreis regelmäßig getroffen. Er schlug die SV-Umfrage über Nachmittagsgruppen vor, setzte sich ein für ein Photolabor, einen reinen Schülerraum, eine Schulhofauegestaltung, für alternatives Unterrichtsmaterial und für die Veröffentlichungen der Beschlüsse aller Schulgremien. Zum Schluß des Schuljahres einigte wir uns darauf, uns im nächsten Schuljahr als Schülersprecher zur Verfügung zu stellen. So sind Susanne Odenthal (Stufe 11, Hubert Bader (St.12), Roger Leonhardt (12, LISA), Frank Hehsel (12) und Martin Ottensmann (13, LISA) interessiert daran, in der SV was los zu machen.



Politische Aufklärung auch durch die Schule

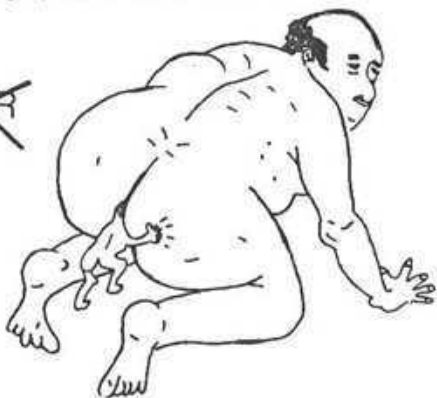
Nicht erst seit kurzem ist eine starke Apolitisierung bzw. Rechtsradikalisierung unter Jugendlichen, vor allem Schülern, festzustellen. Eine der vielen Ursachen hierfür ist mangelhafte Aufklärungsarbeit in unseren Schulen. In der Allgemeinen Schulordnung steht unter §36 Abs.1: 'Die Schule soll den Schüler zu selbstständigem kritischem Urteil, zu eigenverantwortlichem Handeln und zur Wahrnehmung von Rechten und Pflichten in politischen und gesellschaftlichen Leben befähigen. Der Schüler soll lernen, seine Meinung frei, kritisch und in Achtung vor der Würde und der Überzeugung anderer zu äußern! Wie will man an den Schulen der BRD einer so hohen Anspruch gerecht werden, wenn man z. B. am Städt. Gymnasium Laurentianum für die Jahrgangsstufen 11, 12 und 13 Fächer wie Politologie oder Soziologie nicht anbietet? Dieses Manko läßt sich nicht einmal durch einen progressiven Geschichtsunterricht ausgleichen, der auch teilweise realisiert ist. Ein erster Schritt wäre es, wenn seitens des Laurentianums politische Zeitungen und Zeitschriften zum Lesen angeboten würden. Dies ist jedoch nur unzureichend der Fall.

Nur ab und zu kann man im Oberstufenaufenthaltsraum den 'Spiegel', 'Die Welt' usw. vorfinden. Es müßten mehrere Zeitungen verschiedener politischer



Richtungen regelmäßig angeboten werden, damit sich der einzelne Schüler selbstständig ein kritisches Bild über politische Ereignisse machen kann. Bestimmt würde dann auch eine lebhaftere politische Diskussion unter den Schülern entstehen. Natürlich stellt sich die Frage, wieviele Zeitungen und welche man anbieten soll? Die Lupe schlägt folgende 3 Zeitungen vor: 'Die Welt', 'Die Zeit' und 'die Tageszeitung'. Die Springerzeitung 'Welt' dürfte wohl jedem ein Begriff sein. Sie fällt vor allem wegen ihrem rechtskonservativem Engagement auf. 'Die Zeit' hingegen ist eher als rechtsliberal zu bezeichnen. Positiv zu bewerten sind die langen, ausführlichen Kommentare bzw. Berichte über politi-

KEIN DER WEG ZUM ERFOLG



Fortsetzung:

POLITISCHE AUFKLÄRUNG AUCH IN DER SCHULE

che, kulturelle und wirtschaftliche Ereignisse. Außerdem werden in dieser Wochenzeitschrift zahlreiche Gastkommentare zu den unterschiedlichsten politischen Themen abgedruckt. Als politisches Gegengewicht zu den ebengenannten Zeitungen bietet sich die in dieser Gegend weniger bekannte Berliner "Tageszeitung" an. Sie ist eine sozialistische Tageszeitung, die jedoch keiner Partei bzw. anderen Institutionen gehört oder unbedingt nahe steht. In ihr kommen die verschiedenen sozialistischen Richtungen zu Wort, aber auch zahlreiche Gastkommentare von z.B. Liberalen sind zu lesen. Sollte das Laurentianum im Laufe des Schuljahres 79/80 diese Forderungen erfüllen, d.h. diese drei Zeitungen abonnieren und damit den Schülern zur Verfügung stellen,

zu erziehen, ein ganzes Stück näher kommen. Es müssen natürlich nicht unbedingt die von der Lupe angebotenen Zeitungen sein, nur müssen sie ein weites politisches Spektrum erfassen. An Geldmangel seitens des Laurentianums kann es nicht scheitern. Denn wenn die Schule in der Lage ist, neues Schulinventar zu kaufen, kann sie auch knapp 60 DM monatlich zur allgmeinpolitischen Bildung der Schüler außerhalb des Unterrichts aufbringen. Auch an mangelnder Interesse der Schüler für ein solches Projekt wird es nicht liegen, da bereits zahlreiche Schüler, vor allem aus der Jahrgangsstufe 12 ihr Interesse bekundet haben. Nun bleibt nur noch zu hoffen, daß sich die Verantwortlichen des

Laurentianums gegen diese Idee nicht sperren, sondern sich kooperativ zeigen. Zuletzt noch ein Appell an alle interessierten Schüler: Sprecht mit euren Vertretern und

bringt sie zur Vertretung und Durchsetzung eurer Interessen.
Frank Hensel

Jungdemokraten beschnüffelt?!

Die Jungdemokraten im Hochsauerland haben die Eigenschaft öfters Post zu bekommen, von allenmöglichen Organisationen. In letzter Zeit scheinen sich auch andere für diese Post zu interessieren.



Des öfters kommen nämlich die Briefe offen an. Das 14. Kommissariat der Polizei will doch erst einmal genau wissen, wo sie unseren Verband einordnen soll. Links und radikaldemokratisch das wissen sie wahrscheinlich schon. Was dabei zu bedauern ist, das die Post immer etwas später kommt, das Berufsverbote drohen und da soll es ja auch bestimmte Freiheitsrechte geben...



Verjährung von NAZI-Verbrechen?

CONTRA

Am 31.12.79 sollte der Stichtag sein, an dem Naziverbrechen verjähren sollten. Daraufhin wurde im Bundestag eine Diskussion ausgelöst, die es sogar fertig brachte, die Parteien zu spalten. Es ging um die Frage, ob Mord nach 30 Jahren verjähren soll. Die Entscheidung ist gefallen. Die 'normalen' 'Mörder' sind durch die Kriegsverbrechen, um die sich die Diskussion praktisch gedreht hat, mit hineingezogen worden und müssen nun ihr ganzes Leben lang entdeckt zu werden.

Hier die beiden verschiedenen Positionen zum Punkt Kriegsverbrechen:

CONTRA VERJÄHRUNG:

Als Gegner staatlicher und/oder gesellschaftlicher Racheakte müßte man eigentlich für eine Verjährung sein. Aber es geht nicht um Rache oder Sühne, oder sogar um formaljuristische Argumentation. Am häufigsten wird von den Befürwortern der Verjährung angeführt, daß die Verbrechen schon alle so lange her seien, der Täter neue keinen Bezug mehr zu seiner Tat hat, man solle doch endlich die

Vergangenheit in Ruhe lassen, der Fall von Wiederno lung kommt ja auch nicht mehr in Frage, außerdem sollen 'normale' Morde ja auch nach 30 Jahren verjähren. Ist denn das so ein großer Unterschied? In der Tat! Wenn die Jungdemokraten die Forderung erheben 'Weg mit der Freiheitsstrafe' und gleichzeitig sagen, das rund 85% der Einsitzenden nicht in den Knast gehören, weil sie nicht Leib und Leben der Menschen gefährden, so steht das nicht im Widerspruch zu der Forderung nach Unverjährbarkeit von Naziverbrechen. Es geht nicht darum, die Nazis hinter Gitter zu sehen, denn da kommen sie wegen ihren atestfreundlichen Ärzten sowieso nicht hin.

Aber vielfach sind Hintergründe und Umstände schwerer Verbrechen gegen die Menschlichkeit immer noch nicht aufgeklärt. Gerichtsverfahren dienen nicht der Rache unserer Gesellschaften den einzelnen Straftätern, sondern der Aufrechterhaltung des Unterbewußtseins der Bürger.

Außerdem kann durch solche Verfahren wichtige Informationen und Aufklärung über NS-Verbrechen vermittelt werden, auf die besonders die Jugend der Bundesrepublik Anspruch hat.

Eine Verjährung von Nazi-Verbrechen führt unweigerlich zu dem Eindruck, daß hiermit das schreckliche Kapitel der deutschen Geschichte endgültig abgeschlossen wird. Dies darf nicht sein. Es ist nicht nur eine unerträgliche Vorstellung, daß jemand, der massenweise Menschen folterte, mordete und in die Gaskammer trieb, in der Bundesrepublik auftreten und sich seiner Taten rühmen kann, wie das jetzt schon anonym nach der Sendung "Holocaust" in Anrufen an den WDR geschehen ist. So gern der Gedanke daß diese Untaten heute von Rechts wegen ungeändert bleiben könnten, läßt alles, was auf Wiederholung solcher Verbrechen hinausläuft, als nicht mehr so schlimm erscheinen. Dies war sicher auch ein Grund dafür, daß sich die UNO schon 1968 in einer Konvention zur Nichtverjährung von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die



"Wenn du mir mehr Taschengeld gibst, erhöhst du damit meine Kaufkraft und sicherst so deinen Arbeitsplatz."

würde sie dem Anspruch, die Schüler zu politisch kritisch denkenden Individuen

Menschlichkeit bekannt hat.

Es wäre ein bedenklicher Fehler, die Aufhebung der Verjährung für jeden Mord zu verfügen. Es spricht der Gerechtigkeit Mohm wenn die Verfolgung von Nazi-Verbrechen nur dann möglich ist, wenn zugleich anderen Menschen ein Recht genommen wird. Die Gleichstellung von 'normalem' Mord und Völkermord wäre zudem eine Verharmlosung der Nazi-Verbrechen, dessen Foltern und millionenfache Morde Teil eines staatlich organisierten Verbrechens war und Namen einer Idologie geschah, die Ausrottung von Teilen des eigenen Volkes und anderer Völker für Rechtens erklärte.

Mit diesem Land ist irgend-etwas nicht in Ordnung...



PRO VERJÄHRUNG

"Holocaust" hat den meisten von uns bewußt gemacht, was im Dritten Reich geschehen ist.

Diese Menschen, die für die Gescheh-

nisse von Auschwitz, Buchenwald usw. usw. verantwortlich oder mitverantwortlich sind, müssen zur Rechenschaft gezogen werden. Solche Untaten dürfen nicht ungesühnt bleiben.

So die emotionale Reaktion.

Also: Aufhebung der Verjährung bei Mord? Soviel Prozesse und Verurteilungen von NS-Verbrechern wie oben möglich?

Versucht man das Problem der Verjährung bei Mord und insbesondere NS-Mord rationaler zu betrachten (das fällt schwer!), so bleiben doch einige Fragen offen.

Was will man eigentlich mit neuen Prozessen gegen NS-Straftäter erreichen? Man will Verurteilungen erreichen, Strafen aussprechen.

Welchen Sinn aber kann Strafe nach 35 und mehr Jahren haben? Rache und Sühne lehnen wir Jungdemokraten als Sinn einer Bestrafung ab, ja, im Rahmen unserer Strafvollzugskampagne fordern wir sogar, die Freiheitsstrafe weitestgehend abzuschaffen.

Bleibt als Strafsinn: Resozialisierung und Abschreckung. Zum einen ist zu sagen, daß die NS-Straftäter heute entweder resozialisiert sind, oder sie sind noch die "Alten", die noch genauso denken, denen es nur an den Möglichkeiten fehlt. Warum sollten sie durch einen Prozeß oder den Knast geläutert werden?

Gefährlich können sie unserer Gesellschaft heute - 70,80 Jahre alt - auch nicht mehr werden.

Die Abschreckung von Neo-Nazis durch Verurteilungen nach 35,40 Jahren kann auch nicht mehr als eine Farce sein.

Aber sollten die alten Nazis nicht wenigstens schuldig gesprochen werden, auch wenn man darauf verzichtet, sie weiter zu bestrafen?

Betrachtet man die Nazi-Prozesse, die noch laufen, so ist das Ergebnis in der Regel "Freispruch mangels Beweisen". U.h. aber, vielen alten Nazis wird auch noch eine Art "Pensil-Schein" ausgestellt.

Wenn auch die Verjährung von Mord und NS-Mord für die Hinterbliebenen der Opfer sicher sehr schwer zu verstehen ist, so sprechen meiner Meinung nach die besseren Argumente für die Beibehaltung der Verjährung bei Mord und Völkermord nach 30 Jahren.

Bedauerlich scheint mir bei der Diskussion darüber zu sein, daß häufig

diejenigen, die sonst am lautesten nach der Todesstrafe schreien, in diesem Fall sagen "einmal muß Schluss sein".

Auf der anderen Seite sollten aber auch alle die, die "Rache und Sühne" als Strafsinn ablehnen, auch angesichts der schrecklichen NS-Verbrechen consequent bleiben.

A G III. Welt **STOP** Mitarbeiter gesucht!! stellt sich vor:

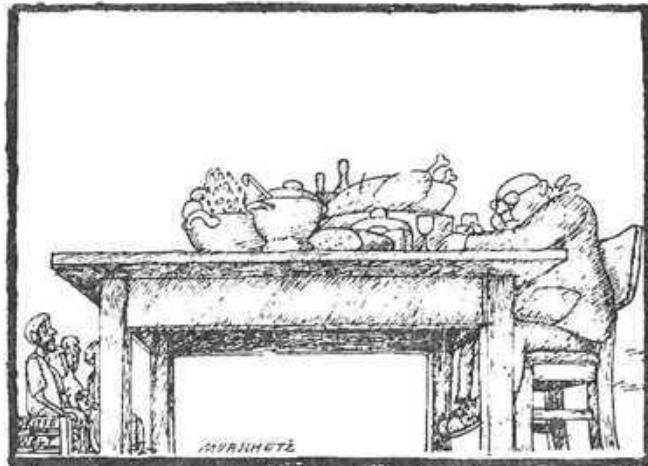
AG 3. Welt ist eine Arbeitsgemeinschaft Jugendlicher, die sich mit der Unterentwicklung als Teilproblem der menschlichen Gesellschaft auseinandersetzen. Durch Eigeninformation und Öffentlichkeitsarbeit versuchen wir, andere Menschen für dieses Problem zu interessieren und zur aktiven Arbeit bzw. Hilfe zu motivieren. Dem die Entwicklungshilfe, die von den Regierungen der Industriestaaten "geleistet" wird, ist noch lange nicht genug.

Durch Kapitalhilfe und den Export unserer Technik wird der Lebensstandard der Entwicklungsländer nicht verbessert, im Gegenteil, die sozialen Ungleichgewichte werden vergrößert. Und mit der Technik wird auch die Arbeitslosigkeit exportiert. Aus der wirtschaftlichen Unabhängigkeit kommen die Entwicklungsländer auch dank des Weltwirtschaftssystems (Kapitalismus; manche nennen es auch "freie" oder "soziale" Marktwirtschaft) nicht mehr heraus.

Im Konkurrenzkampf um den Dollar können sie nicht mithalten. Zuerst kommt die Kapitalhilfe und hinterher

gleich das große Geschäft der Industrie. Die Ausbeutung der billigen (willigen) Arbeitskräfte ernährt so manchen Unternehmer (uns übrigens auch...). Der Mensch, der unsere Hilfe braucht, wird dabei vergessen. Obwohl die Politiker oft die Worte des "Verantwortungsbewußtseins" und "Nächstenliebe" in ihren Aushängeschildern tragen. Sie können ihre Politik scheinbar rechtfertigen und verweisen auf die eigenen Mißstände in der Wirtschaft. Hat man was in der Hand, das ihre Theorien in Frage stellt, kommen sie mit der "Davon weiß ich nichts" oder mit der "Ihr habt ja so recht" Tour. Was die einen wirklich sagen wollen: Regt euch ab, wählt mich nur wieder, damit ich meine

Diäten kriegen. In einer Diskussion mit einem Volksvertreter haben wir das gesehen. Von dieser Heuchelei und dem verlogenen Propagandagequatsche haben wir gründlich die Schnauze voll. Es muß was getan werden, die Gesellschaft hat's nötig!! Allein geht das nicht, auch nicht in Schnellverfahren. Der Großteil der Bevölkerung wird nur durch Schlagzeilen der Zeitungen über Entwicklungsländer informiert. Sie müssen alle aufgeklärt werden. Wenn wir heute noch nicht auf Basis ebenen anfangen, sieht morgen noch alles wie gestern aus. Deshalb brauchen wir Leute (Rasse, Klasse, Gesinnung unbedeutend!). Auch die, die unseren Arbeitsweg kritisieren wollen. Wir wollen aber nicht nur theoretisch



Die Botschaft der Satten: „Es gibt genug für alle“

arbeiten, sondern auch praktische Hilfe leisten. Durch verschiedene Aktionen unterstützen wir eine Station in Tansania. Sie umfaßt eine Krankenstation (600 Patienten täglich), eine Schule für Krankenpfleger und stellt landwirtschaftlichen Gemeinschaftsproduktionsmittel zur Verfügung.

Tansania bemüht sich um den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft. Wie gesagt, wir brauchen Leute, die mit uns an der Verwirklichung dieser Zielsetzung arbeiten. Wir treffen uns jeden Mittwoch im Jugendbegegnungszentrum, Ringelstr. im Gruppenraum 3.

Mode-Studio

Wir kleiden Sie ein,
"modisch und preiswert".

Junge Jeans Moden

Levi's Jeans
..... 59,-

Damen Blusen
..... 29,-

Herren Hemden
..... 39,-

Herren Pullover
..... 49,-

5760 ARNSBERG 2
Steinweg 5, Tel. 02931/4907

die arche

baut die arche,
entflieht dem labyrinth,
baut die arche denen,
die guten willens sind.
nur frieden und freiheit
hat hand und fuß
begreift, daß vieles sich ändern muß!

carthago ging hops
und rom in die binsen.
und hörst du wen lachen
siehst du wen grinsen

pompeji ist futsch,
und lima ging flöten.
und hörst du wen lachen,
so siehst du wen töten.

und hörst du wen sterben,
so siehst du wen leben.
auch troja ging unter
und ebenfalls theben

doch frieden auf erden,
soll werden, muß werden.
mit wort und gebärden,
mit tat und beschwerden
muß frieden auf erden
einmal doch werden

drum baut die arche,
entflieht dem labyrinth,
baut die arche denen,
die guten willens sind.
nur frieden und freiheit
hat hand und fuß:
begreift ihr, wieviel sich ändern muß?

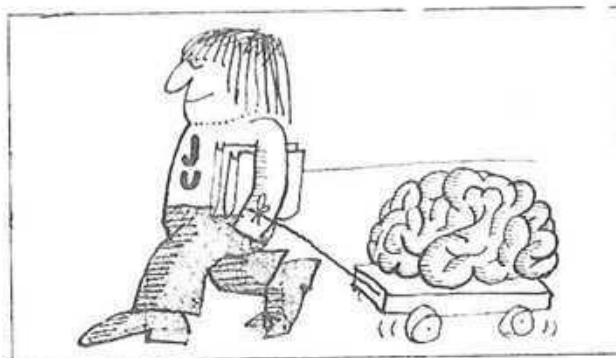
Karl-Hubert Falke

Glaubwürdigkeit der JU

Es kracht und zischt ganz schön in der Jungen Union, speziell im Hochsauerland. Auf Grund der Entscheidung für Strauß als Kanzlerkandidaten, steht die Jugendorganisation der Unionsparteien im Konflikt. Einerseits tritt sie für eine liberal-konservative Linie ein, andererseits kann sie sich nicht vom Schürzenzipfel der Mutterpartei trennen. An der Basis hat es aber schon gefunkt: Austritte aus der CDU, und wie jetzt in Sundern, Verweigerung der Wahlkampfunterstützung des Stadtverbandes der JU Sundern. Die Basis war Sturm gelaufen und hatte um eine Stellungnahme gebeten, weil herausgekommen war, daß der CDU Kandidat Tillmann die Strauß-Kandidatur von Anfang an befürwortet hat. Daraufhin schrieb der CDU-Ortsvorsitzende der Stadt Sundern anonym einen Leserbrief in die WP.: Der JU-Vorstand sollte seinen "Tillmann-Beschluß" doch bitte überprüfen. Er bekam für die Bundestagswahlen richtig Angst "Der Wahlkampf 1980 wäre schließlich auch Sache der Jungen Union". Hätten etwa die älteren Herren in der CDU den Wahlkampf machen müssen? Außerdem schadet

diese Absage dem "guten Ruf" von Perdi Tillmann, usw. Auch der Kreisvorstand der JU weiß nicht so recht, was

das nicht erwarten, das wissen sie auch. Aber sie hoffen auf den linken Flügel der CDU, der das Programm kräftig mitgestalten soll.



er mit den Sundernern anfangen soll. Ihre Position erst mal nach den anfänglichen Empörungen abklingen lassen und dann das Wahlprogramm abwarten. Danach soll die Entscheidung fallen. Sie legten besonderen Wert auf ihren "liberalen" Kurs (Wolfgang Schmidt, Kreisvorsitzender). Von Strauß kann man

Da können sie lange warten, denn Strauß hat angekündigt, das Programm müsse seine 'Handschrift tragen', und seit wann halten sich die Parteien an Wahlkampfversprechungen? Trotzdem will der Kreisvorstand den Ausreißer Sundern bändigen. So forderte der stellvertretende Kreisvorsitzende der JU, Staudinger, den Rücktritt des re-



samen JU-Vorstandes
Sundern. Die JU steht
vor dem Problem ihrer
Glaubwürdigkeit,
wenn sie sich von
ihrer Mutterpar-
tei disziplinie-
ren läßt und ihren
'liberalen' Status
aufgibt, dann kön-
nen sie ihre Ar-
beit an den Nagel
hängen. Denn so
können sie sich nie
emancipieren.

ACHTZEHN-
und mündig
MASSEL TOV, liebe Dvoira
ich hoffe,
Du wählst niemals CDU!
'MUTTER
Aus der Stuttgarter
Zeitung



Wings- Back to the Egg	11,80
Rainbow- Down the Earth	15,80
Donna Summer- Bad Girls	17,80

Radio-Kampfschulte
C. B. FUNK-SHOP

Mike Oldfield- Exposed	19,80
The Who- The Kids are alright	19,80 DM

Radio-Kampfschulte
MUSIK-SHOP

Revolution auf dem Steinweg!!?

"Jeden Tag das Selbe!"
meinte Frau X schon
zum 134. Mal zu den
vergammelten Penn-
brüdern, "jeden Tag
muß ich mehrmals auf-
wischen, nur weil Ihr
nichts besseres zu
tun habt als vor
MEINEM Leben herumzu-
lurzem. Hier, schon
wieder eine Zigarette!"
Darauf schmiß sie eine
Tasche nach der Ande-
ren aus dem Eingang
direkt vor die Beine
eines Älteren Herrns,
der sich verzweifelt
durch die Messen
kämpfte und hilflos
unter den Taschen
zusammenbrach.

Aus der Haustür flitzt
Herr Y und fing an
mit noch einigermaßen
zivilen Pennälern
zu diskutieren:
"Diese Stufe gehört
MIR und Ihr habt
nichts darauf zu
suchen, ich muß dafür
sorgen das der Haus-
eingang sauber bleibt,
also macht, daß Ihr
wegkommt!"

Unterdessen hat sich
eine riesige Traube um
die Diskutierenden
gebildet, darunter
Leute, gemeine Verbrech-
er, die der Polizei
schon längst bekannt
sind, von Schneeball-
schlechten, Sit-Down-
Meetings auf Decken
zwischen parkenden
Autos(Ein ganz Klares
Indiz, das die das
auch zwischen fah-
render Autos machen
würden!!!).

Andere heißen bei
Feuerwehrparaden
die armen Leute in die

Beine(der Kälte ja
vielleicht tollwütig
sein können).
Außerdem feiern sie
beim Saufen jeden
Polizeiwagen zum Spott
mit einem riesigen Ju-
belschrei auf der
Straße.
Oder kein Wettschießen
mit Sektkorken das
Leben jedes Passanten
mutwillig auf das
Spiel setzen!!!

Wer dann noch die
Hauswände genauestens
untersucht, wird
auch bald feststellen,
worum es sich bei
diesen Versammlungen
handelt: ein riesiges



zeigt die Ziele
dieser Truppe:
ANARCHIE!!!!!!!!!!!!!!
Eine Revolution!!!!
Es ist natürlich
nicht auszuschlies-
sen, das das Ganze
vom Osten gesteuert
wird. Aber unsere
Polizei handelt
schon:

Ein paar mal täglich
kurven sie mit ihren
Kugelsicheren Polizei-
wagen über die berück-
tigste Straße der
ganzen Stadt, dabei
lassen sie sich auch
nicht durch so
ordinäre Vorfälle
wie Banküberfälle
und Mordfälle abbringen,
die sieht man ja
jeden abend schon im
Fernsehen.
Zudem ist zu vermuten,
das die Gefährlichsten
schon auf riesigen
schwarzen Listen auf-
geführt sind(So könnten



satire?

z.B. bei bestimmten
Prozessen die Perso-
nalausweise abfoto-
graphiert worden sein
(?)..
Aber unsere Redaktion
erreichte jetzt auch
ein Brief eines
empörten alten Arns-
bergers vom alten
Schlag: Er forderte
jegliches Verbot
des Zusammentreffens
von Objekten unter
30 Jahren in der
berücktigten Zone.
Dies soll durch
4 Polizisten gesichert
werden, die mit Schlag-
stöcker ausgerüstet
ständig auf dem Teri-
torium für Ruhe und
Ordnung sorgen.
Es wäre doch gelacht,
wenn wir die nicht
klein kriegen!!!!



'Porros, falsche Frances,
Fuhrerscheine, Stu-
dienolatte...'

Adressen

Um Buch die Möglichkeit zu geben mit den richtigen Adressen eure Aktivitäten in der Freizeit und im politischen Leben anzuknüpfen, folgenden Adressen:

Deutsche Jungdemokraten
Bundesgeschäftsstelle
Reutherstraße 44
5300 Bonn 1

Landesgeschäftsstelle
Worringerstr. 82-84
4000 Düsseldorf
Tel. 0211/360845

DJD im Hochsauerland
c/o Martin Ottensmann
5760 Arnsberg 2

FDP Kreisgeschäftsstelle
Eresburgstr. 58
3538 Marsberg 11

Jugendpresseverbände
Junge Presse NRW
c/o Claus Radciwil
4000 Düsseldorf

AGJPNW
s. Landesschülervertr.

JuSos Hochsauerland
c/o Diethelm Weltscheck
5770 Meschede

Landesschülervertretung
Friederichstr. 61 a
4000 Düsseldorf

Anti-Apartheid-Bewegung
Blücherstr. 14
5300 Bonn 1
(02221/211355)

Wagenbach-Verlag
Bambergstr. 6
1000 Berlin 30

Allgemeiner Förderkreis
Umweltschutz
Marlesgrube 48
2400 Lübeck

Auskunft und Alarmtelefon
GORLEBEN
(056882/469)
(05641/4684)

Bundesverband
Bürgerinitiativen
Umweltschutz e.V.
Geschäftsstelle
Hellberstr. 6
7500 Karlsruhe
(0721/574248)



WIR BIETEN MEHR
ALS GELD UND ZINSEN

Ihre Bank in
allen Stadtteilen



Volksbank Sauerland EG

SCHROEDER
für Garten und Heimtiere

Gartenbauing.
R. Schroeder
Neheim Apothekestr. 28

Fachgeschäft für: Blumen- und Gemüsesamen
Blumenzwiebeln
Rasenmischungen
Gartendünger, Gartenkeramik
Schädlingsbekämpfungsmittel
Springbrunnenanlagen
Exotische Fische und Vogel
Zoologische Bedarfsartikel

Stell's Radio ein,
wo immer Du bist.
Laß TV Dich erfreuen,
wenn im Freien
Freizeit ist!

Interfunk



RADIO BUCHARDT

Gutenbergplatz und Alter Markt

buchladen steinweg 11

„Haben Sie ein Buch über das
Liebesleben der Ameise
in subtropischen Regionen
unter besonderer Berücksichtigung
der Ameisenverhältnisse
in Costa Rica?“
(Selbstverständlich)

Das Wissen der Welt - es steht Ihnen zur Verfügung. In Ihrer Buchhandlung. Denn wir Buchhändler bieten mehr als Besteller.
Zum Beispiel einen Überblick über 37.000 Neuerscheinungen pro Jahr. Oder über den Buchmarkt insgesamt mit seinen zigtausend Titeln. Für alle Bereiche des Lesens, Lernens und Lernens. Mittelamerikanische Ameisen ibegriffen.

Und was so spezielle Fragen betrifft: Wir Buchhändler haben ein Zeichen gesetzt. Damit Sie wissen, wo Sie bestens beraten sind.



„Haben Sie ein Buch,
das nicht nur von Pappe ist
und trotzdem
unter 10 Mark kostet?“
(Selbstverständlich!)

Hätten Sie's gewünscht? Daß jedes zweite Buch, das im Handel ist, nur bis zu 10 Mark kostet? Und daß 80% aller in den letzten zehn Jahren erschienenen Bücher an oder unter dieser Preisgrenze liegen?

Wir wollen damit sagen: Wenn das Lesen teuer ist, der kann es bei uns preiswert haben - mit Büchern, die nicht bloß von Pappe sind.

Wir Buchhändler haben deshalb ein Zeichen gesetzt. Damit Sie wissen, daß wir mehr bieten als Schwätzelsodergebundene.



5760 arnsberg 2

telefon 02931/3181

B BÜCHER
BEIM
BUCH-
HÄNDLER

B BÜCHER
BEIM
BUCH-
HÄNDLER

Einmaliges Jubiläums-Angebot

WUM

Ulrich Casanov



Kein Fall für den Verfassungsschutz.

Kritik von Schülern und Studenten an Staat und Gesellschaft ist kein Fall für den Verfassungsschutz.

Radikalenerlaß und Routineanfrage haben zu allgemeinem Mißtrauen geführt, das mancherorts schon in der Schule anfängt. Der Erfolg: Statt engagierter, konstruktiver Kritik nur noch Schweigen. Schlecht für unsere Demokratie.

Damit muß endlich Schluß sein. Wir brauchen mündige Bürger, keine Duckmäuser.

Klar ist, ein erklärter Gegner unserer freiheitlichen Verfassung hat im öffentlichen Dienst nichts zu suchen.

Aber der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit muß gewahrt sein. Über 99 Prozent der Bewerber für den öffentlichen Dienst geben nicht den geringsten Anlaß zum Mißtrauen. Es gilt, ein Verfahren abzubauen, das die demokratische Substanz unseres Staates eher geschwächt als gestärkt hat.

Wir Liberalen werden deshalb durchsetzen: Der Verfassungsschutz hat an unseren Schulen nichts zu suchen.

Die Regelanfrage bei Bewerbungen und vor Einstellung in den öffentlichen Dienst muß verschwinden.

Die Ungleichheit und -unsicherheit durch die unterschiedlichen Richtlinien der einzelnen Bundesländer bei der Einstellung in den öffentlichen Dienst muß aufhören.

Weil wir, anders als viele konservative Politiker, Vertrauen in unsere Jugend setzen.

An die Friedrich-Naumann-Stiftung, Bauscheidstraße 15, 5300 Bonn 1.

Ich will mehr über die Friedrich-Naumann-Stiftung wissen.

Ich will mehr über USA wissen.

Ich will wissen, wie und wo ich mich engagieren kann.

Name

Straße

PLZ/Ort

FRIEDRICH-NAUMANN-STIFTUNG